

# Österreich

PAUL LUIF

Das Jahr 2000/2001 hat für die österreichische Integrationspolitik eine gewisse Beruhigung gebracht. Durch die Einsetzung der „Drei Weisen“ fanden die 14 Partnerstaaten der Europäischen Union (EU) einen Ausweg aus den im Februar 2000 beschlossenen Maßnahmen gegen Österreich. Das Ende der „Sanktionen“ der EU-14 hat dann das Verhältnis zu den Partnerstaaten einigermaßen normalisiert, obwohl gewisse Irritationen weiter bestanden. Der Vertrag von Nizza wurde von Österreichs Politikern eher positiv beurteilt. Die bevorstehende Erweiterung der EU war hingegen noch immer Gegenstand innen- und außenpolitischer Diskussionen.

## *Das Ende der Maßnahmen der EU-14 gegen Österreich<sup>1</sup>*

Am 12. Juli 2000 konnte der Schweizer Luzius Wildhaber, Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (eine Institution des Europarats in Straßburg), die Namen der „Drei Weisen“ bekannt geben, welche er auf Grund des Ersuchens der 14 EU-Mitgliedstaaten (ohne Österreich) ausgewählt hatte. Es waren dies der ehemalige finnische Staatspräsident und Balkan-Vermittler, Martti Ahtisaari, der Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, Jochen Frowein und der frühere spanische Außenminister, ehemalige Generalsekretär des Europarats und Mitglied der EU-Kommission, Marcelino Oreja. Die Auswahl der Persönlichkeiten war sehr ausgewogen: Vertreter kleiner und großer Staaten, ein Sozialdemokrat, ein Konservativer und ein Wissenschaftler. Unter ihnen befand sich kein ausgesprochener Österreich-Gegner. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) sprach von einem „erstklassigen Team“.<sup>2</sup> Die drei unabhängigen Persönlichkeiten sollten nun „die Übereinstimmung der österreichischen Regierung mit den gemeinsamen europäischen Werten, insbesondere hinsichtlich der Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Einwanderern“ überprüfen. Außerdem sollte die „Entwicklung der politischen Natur der FPÖ“ studiert werden.<sup>3</sup>

Nach ersten Beratungen kamen am 28. Juli 2000 die „Drei Weisen“ nach Wien, um mit dem Bundespräsidenten, mit Vertretern der Regierung (vor allem Bundeskanzler Wolfgang Schüssel), mit Repräsentanten der Parteien, der Sozialpartner und mit Vertretern von Kirchen und Glaubensgemeinschaften Gespräche zu führen. Diese (vertraulichen) Unterredungen wurden von den „Drei Weisen“ als eine „gute Basis“ für die Fortsetzung ihrer Arbeit angesehen. Auf Wunsch der „Platform of European Social NGOs“ kam es dann noch zu einem weiteren Treffen der „Drei

Weisen“ mit österreichischen Vertretern, vorwiegend erklärten Gegnern der ÖVP/FPÖ-Koalition.<sup>4</sup> Am 29. August 2000 sprachen sie in Heidelberg mit Repräsentanten unter anderem von Aktionsgruppen gegen Rassismus, von Immigrantengruppen und von Homosexuellen-Initiativen. Am selben Tag fand auch ein Treffen mit Susanne Riess-Passer, Vizekanzlerin und seit 1. Mai 2000 Vorsitzende der FPÖ, statt; mit Jörg Haider kam es hingegen zu keiner Aussprache.<sup>5</sup>

Die „Drei Weisen“ beendeten ihre Arbeit zügig und übergaben schon am 8. September 2000 ihren Bericht Präsident Chirac, als Vertreter der EU-Präsidentschaft. In diesem Bericht stellten sie fest, dass „die österreichische Regierung für die gemeinsamen europäischen Werte eintritt. Die Beachtung insbesondere der Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Einwanderern bleibt nicht hinter der anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union zurück ... In manchen Bereichen, vor allem bei den Rechten nationaler Minderheiten, können die österreichischen Standards als den in anderen EU-Staaten überlegen angesehen werden.“<sup>6</sup>

Damit wurde der österreichischen Regierung „a clean bill of health on human rights“ ausgestellt.<sup>7</sup> Bezüglich des zweiten Auftrags der EU-14 kamen die „Drei Weisen“ zu einem differenzierten Bild: „Wir haben den Eindruck gewonnen, dass das Verhalten der Minister der FPÖ in der Regierung seit Februar 2000 im Allgemeinen nicht kritisiert werden kann. In einigen Fällen hat das Verhalten des Justizministers jedoch Besorgnis ausgelöst.“<sup>8</sup> „Es gibt Gründe, die Beschreibung der FPÖ als eine rechtspopulistische Partei mit radikalen Elementen auch heute noch als zutreffend anzusehen.“<sup>9</sup>

Weil außerhalb ihres Mandats, äußerten sich die „Drei Weisen“ nicht zur Rechtmäßigkeit der EU-14 Maßnahmen. Die Maßnahmen hätten das Bewusstsein für die gemeinsamen europäischen Werte gestärkt, ein Fortbestehen würde aber „kontraproduktiv wirken“. Daher meinten die „Drei Weisen“, dass die Maßnahmen „beendet werden sollten“.<sup>10</sup>

Die Entscheidungsträger der EU-14 hatten damit praktisch keine andere Möglichkeit als die „Sanktionen“ gegen Österreich sofort einzustellen. Ein Teil der Mitgliedstaaten, vor allem Belgien und Frankreich, wollten aber die Aufhebung an die Bedingung knüpfen, Österreich weiter unter formelle „Beobachtung“ zu stellen.<sup>11</sup> Insbesondere die kleineren EU-Staaten, allen voran Dänemark, das negative Auswirkungen auf das bevorstehende Euro-Referendum fürchtete, sprachen sich vehement dagegen aus. Auch die österreichische Regierung forderte eine bedingungslose Aufhebung der Sanktionen. Am 12. September 2000 verkündete Frankreich (auf der Homepage des Außenministeriums, nicht auf der Homepage der EU-Präsidentschaft) das Ende der Maßnahmen der EU-14. In den Schlussfolgerungen hieß es: „Die Maßnahmen der EU-14 waren nützlich. Sie können nun aufgehoben werden. Die Natur der FPÖ und ihre ungewisse Entwicklung geben Anlass zu ernsthafter Besorgnis. Die EU-14 sind der Meinung, dass eine besondere Wachsamkeit gegenüber dieser Partei und ihrem Einfluss auf die Regierung ausgeübt werden müsse. Sie sind überein gekommen, diese Wachsamkeit gemeinsam zu praktizieren.“<sup>12</sup>

*Die Reaktionen auf die Aufhebung der „Sanktionen“*

In den EU-Partnerländern Österreichs, vor allem in den nordischen Staaten, in Großbritannien und in den südeuropäischen EU-Ländern gab es fast überall positive Reaktionen auf den Pariser Beschluss. Das galt auch für Österreichs östliche Nachbarn und Polen, die sich mit Ausnahme Tschechiens nicht den „Sanktionen“ der EU-14 angeschlossen hatten. Praktisch überall wurde freilich auch betont, dass die FPÖ weiterhin unter Beobachtung bleiben müsse.<sup>13</sup>

Etwas kühler fiel die Reaktion beim großen Nachbarn Deutschland aus. Bundeskanzler Gerhard Schröder ließ präventiv wissen, dass er keinesfalls die Absicht habe, noch in diesem Jahr Österreich zu besuchen oder offizielle Besuche aus Wien zu empfangen. Auf die Aufforderung der CDU/CSU, sich bei Österreich zu entschuldigen, antwortete Außenminister Joschka Fischer mit dem Satz „den Teufel werd' ich tun, mich zu entschuldigen“.<sup>14</sup> Noch kühler reagierten französische Linkspolitiker, welche die Aufhebung der Sanktionen lautstark bedauerten: Man habe der FPÖ dadurch einen „Sieg geschenkt“, Österreich hätte wegen seiner Regierung in Quarantäne bleiben müssen. Das meinte auch der israelische Premier Ehud Barak; einen Botschafter wollte Jerusalem weiterhin nicht nach Wien senden.<sup>15</sup>

Kommissionspräsident Romano Prodi, schon immer kritisch gegenüber den Maßnahmen der EU-14, sagte nach deren Ende, dass es „Sanktionen“ wie gegenüber Österreich „nie wieder“ geben werde. Die EU müsse bei aller Besorgnis über weit rechts stehende Bewegungen in Europa „diese aber akzeptieren, solange es keine Verletzungen der demokratischen Spielregeln gibt“.<sup>16</sup> Auch in den Rechts- und Sozialwissenschaften wurden die Maßnahmen der EU-14 zumeist skeptisch, wenn nicht explizit kritisch analysiert.<sup>17</sup>

Für Bundeskanzler Schüssel wurde mit der Aufhebung der Sanktionen „ohne Bedingungen“ ein klarer Schlussstrich gezogen. Die Entscheidung der EU-14 gebe „uns als Bundesregierung, aber auch dem ganzen Land die Würde wieder“. Für Vizekanzlerin Riess-Passer sei ein „dunkles Kapitel“ beendet. Bundespräsident Thomas Klestil nahm das Ende der Sanktionen „mit Genugtuung“ zur Kenntnis. Der Zusatz über die Wachsamkeit gegenüber der FPÖ schien ihm „entbehrlich“.<sup>18</sup> Ein „Waterloo für Chirac“ nannte der Kärntner Landeshauptmann und Ex-FPÖ-Chef Jörg Haider das Ende der „Sanktionen“. Die Bundesregierung und die FPÖ seien jedenfalls „erhobenen Hauptes aus den Sanktionen hervorgegangen“. Der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer begrüßte die Aufhebung der Sanktionen. Von Österreichs Innenpolitik sei ein „bleierner Vorhang“ genommen. Der Bundessprecher der Grünen, Alexander Van der Bellen, meinte, „(b)eide Seiten dürfen sich jetzt nicht die Rosinen herauspicken, die sie glauben in dem Kuchen des Weisenberichts zu finden“. Um einen Fall wie Österreich künftig zu verhindern, verlangte Van der Bellen einen eigenen Kommissar für Menschen- und Bürgerrechte.<sup>19</sup>

Die „Normalisierung“ der Beziehungen zu den EU-Partnern erwies sich als mühsam. Im November 2000 kamen zwei der vehementesten Österreich-Kritiker, der belgische Außenminister Louis Michel (aus Anlass des OSZE-Ministertreffens) und der französische Präsident Jacques Chirac (als EU-Ratsvorsitzender im Rahmen seiner *tour des capitales*), nach Wien. Der französische Europaminister Pierre

Moscovici hielt jedoch an seinem Boykott der „rechtsextremistischen Regierung“ in Österreich fest.

Der Arbeitsbesuch des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder in Österreich im Mai 2001 führte zu Verstimmungen, da Schröder sich vom SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer am Flughafen in Wien begrüßen ließ und die meiste Zeit seines Aufenthalts mit Kritikern der Regierung verbrachte. Schröder sprach kurz mit Bundeskanzler Schüssel, verweigerte jedoch jeden Kontakt mit FPÖ-Politikern.<sup>20</sup> Beim offiziellen Besuch in Wien im Juni 2001 sprach Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker hingegen von „der absoluten Normalität“ in den Beziehungen mit Österreich.<sup>21</sup> Luxemburg und Österreich seien einhellig für eine volle Umsetzung des EU-Beschlusses über eine europaweit harmonisierte Zinsbesteuerung, stellte er nach einem Gespräch mit Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ) fest.<sup>22</sup>

Der Wahlsieg Silvio Berlusconi und seiner (neo-faschistischen und xenophoben) Verbündeten im Mai 2001 brachte Italien keine „Sanktionen“ von Seiten der anderen EU-Staaten. Österreichische Medien stellten fest, dass die EU nun „sehr kleinlaut“ sei.<sup>23</sup> Die Aussagen von Europaminister Moscovici, wonach das Wahlergebnis in Italien nicht mit Österreich zu vergleichen sei und Maßnahmen der EU daher überflüssig seien, sorgten für empörte Reaktionen. Diese „Suche nach Unterschieden“ sei „eine Beleidigung für Österreich“, sagte der grüne EU-Abgeordnete Johannes Voggenhuber, selbst scharfer Kritiker der ÖVP-FPÖ-Regierung. Die „grotesken Windungen“ europäischer Politiker, die „Doppelmoral“ der Maßstäbe ebneten der extremen Rechten in Europa den Weg.<sup>24</sup>

Im November 2000 forderte die „Aktion EU-Austritt“ eine neue Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft. Ein diesbezügliches Volksbegehren lag vom 29. November bis 6. Dezember 2000 auf; es erbrachte insgesamt 193.901 Unterschriften. Damit rangiert es auf Platz 19 unter bisher 25 Volksbegehren und erreichte einen Anteil von 3,4 Prozent der Stimmberechtigten. Es erhielt somit die notwendige Stimmzahl (100.000) zur Debatte des Anliegens im Parlament. Alle Parlamentsparteien kündigten aber an, das Vorhaben nicht zu unterstützen.<sup>25</sup>

Meinungsumfragen zeigten überdies, dass die meisten Österreicher als Reaktion auf die „Sanktionen“ zwar nicht für einen Austritt aus der EU plädierten, aber zwischen Oktober/November 1999 und April/Mai 2000 sank die Meinung der Österreicher, von der EU-Mitgliedschaft Vorteile zu erhalten um 11 Prozentpunkte, wohingegen die Ansicht, keine Vorteile von der EU zu haben, um 16 Prozentpunkte stieg; die Meinung verschlechterte sich also innerhalb eines halben Jahres um insgesamt 27 Prozentpunkte.<sup>26</sup>

### *Der Vertrag von Nizza und die EU-Erweiterung*

Nach Bundeskanzler Schüssel hat Österreich „massiv gekämpft und hat die ihm wichtigen Anliegen verteidigt“; er zeigte sich zufrieden über das Ergebnis des EU-Gipfels in Nizza. Im zukünftigen Europäischen Parlament habe Österreich mit 17 Abgeordneten das Maximum erreicht; auch mit der zukünftigen Stimmengewichtung im Rat war Schüssel zufrieden. Allerdings hätte man sich eine Ausweitung der

Bereiche, die mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden, gewünscht. In seiner Bilanz führte Schüssel an, es sei gelungen, die Rechte der Europäischen Kommission zu verteidigen und diese zu stärken. Vizekanzlerin Riess-Passer bewertete die künftige individuelle Verantwortlichkeit der einzelnen Kommissare positiv. In für Österreich essenziellen Sektoren, wie der Wasserbewirtschaftung und in der Asyl- und Flüchtlingspolitik habe Österreich seine Position durchgesetzt.<sup>27</sup>

Zwei Punkte konnte Österreich im Vertrag nicht durchsetzen. Schon im Vorfeld von Nizza versuchte die Regierung, ihre Partner für die Einfügung einer militärischen Beistandsklausel („Artikel 5“) zu gewinnen. Dieser im Zusammenhang der österreichischen Neutralitätsdiskussion zu sehende Wunsch erreichte praktisch keine Zustimmung. Eine Neuformulierung von Artikel 7 EU-Vertrag wurde, auch im Sinne Österreichs, bei der Gipfelkonferenz zwar angenommen, der Wunsch nach einer stärkeren Rolle des Europäischen Gerichtshofs dagegen nicht.

Ursprünglich wollte die Regierung die Ratifizierung des Vertrags von Nizza noch vor dem Sommer 2001 im Nationalrat unter Dach und Fach bringen. Wegen des negativen Votums in Irland, das auch in Österreich einen Diskussionsbedarf über den Vertrag ausgelöst hat, wird der österreichische Ratifizierungsprozess frühestens im Herbst 2001 in Gang gesetzt werden.<sup>28</sup>

Die Erweiterung der EU hat für Österreich besondere Bedeutung, denn es hat mit fast 1300 Kilometern die längste gemeinsame Grenze mit den Beitrittsländern; Bratislava und Wien sind die am engsten beieinander liegenden Hauptstädte in ganz Europa. Im Regierungsprogramm heißt es, dass die Regierung „unter Bedachtnahme auf gesamtösterreichische Anliegen ... für den Erweiterungsprozess eintreten“ wird.<sup>29</sup> Die von Deutschland geforderte maximale siebenjährige Übergangsfrist für den Arbeitsmarkt wird auch von der österreichischen Regierung unterstützt. Im Frühjahr 2001 kam es jedoch zwischen den Regierungsparteien zum Konflikt über eine mögliche Volksabstimmung zur EU-Erweiterung. Die FPÖ setzte sich für eine Befragung ein, der Regierungspartner ÖVP, ebenso wie die Oppositionsparteien, sprachen sich dagegen aus.<sup>30</sup>

Aber auch in der Linken gibt es Meinungsunterschiede zur Erweiterung der EU. Die Arbeiterkammern (die gesetzliche Vertretung aller Arbeitnehmer) fordern, dass die Beitrittsländer vor einer EU-Mitgliedschaft 80 Prozent des Lohnniveaus der EU erreichen müssen.<sup>31</sup> Hingegen sprach sich die SPÖ im März 2001 nur für Übergangsfristen aus, die „eine flexible, den jeweiligen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragende Handhabung zulassen“.<sup>32</sup>

Zu Konflikten mit Tschechien führte die vorläufige Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Temelin in Südböhmen. Verschiedene Umweltgruppen versuchen immer wieder, durch Demonstrationen und Blockaden der Grenzübergänge die österreichische Regierung zu zwingen, einen Beitritt Tschechiens zur EU erst zuzulassen, nachdem das auf russischer Technologie beruhende, aber mit westlichem Know-how aufgerüstete Kernkraftwerk endgültig abgeschaltet wurde. Bundeskanzler Schüssel, der tschechische Premier Milos Zeman und der EU-Kommissar für Erweiterung, Günter Verheugen, versuchten am 12. Dezember 2000 in Melk,

eine für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden. Diese wurde aber von Umweltgruppen in Österreich in Frage gestellt.<sup>33</sup>

### *Weitere Diskussionspunkte zu EU-Fragen*

Im Jahre 1999 wurden mehr Transitfahrten von Lkws durchgeführt, als nach dem Transitprotokoll des österreichischen EU-Beitrittsvertrags zulässig gewesen wäre. Das Transitprotokoll koppelt den Schadstoffausstoß von Lkws an ein System von Ökopunkten. Die Kommission muss das Ökopunktekontingent für das Folgejahr kürzen, wenn eine bestimmte Zahl von Transitfahrten überschritten wird. Am 21. September 2000 verabschiedete der Rat, gegen die Stimme Österreichs, eine Verordnung, in der die verringerte Zahl von Ökopunkten zur Durchfahrt durch Österreich auf die Jahre 2000 bis 2003 verteilt wurde, anstatt wie im Protokoll vorgesehen diese Verringerung sofort für das Jahr 2000 in Kraft zu setzen. Auf Antrag Österreichs setzte der Europäische Gerichtshof den Vollzug der Verordnung bis zum Erlass des Urteils in der Hauptsache aus. Verkehrskommissarin Loyola de Palacio schloss aber eine Verlängerung der Ökopunkteregelung über die Laufzeit des Protokolls (Ende 2003) dezidiert aus. Nach Auslaufen des Vertrags im Jahr 2003 müssten auch in Österreich die Prinzipien des freien Warenverkehrs gelten. Bestenfalls Ausnahmeregeln für sensible Regionen könne es geben. Von österreichischer Seite wurde jedoch darauf verwiesen, dass die Ziele des Vertragsprotokolls, nämlich eine Reduktion der Verkehrs- und Umweltbelastung, nicht erreicht wurden. Daher müsse es, schon um den Vertrag zu erfüllen, eine Nachfolgeregelung geben.<sup>34</sup>

In einer neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, deren erster, analytischer Teil am 23. Januar 2001 der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, beschreiben die von der Regierung eingesetzten Experten den Wandel der österreichischen Neutralitätspolitik in den neunziger Jahren und hielten am Ende fest, dass Österreich aufgrund dieser Entwicklungen wie Finnland und Schweden nun „bündnisfrei“ sei.<sup>35</sup> Regierungsvertreter verwiesen dabei auf Artikel 23f. der Bundesverfassung. In diesem, noch von der SPÖ-ÖVP-Koalition zur Implementierung des Vertrags von Amsterdam verabschiedeten Artikel wird Österreich die Teilnahme an friedenserhaltenden Aufgaben und Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung im Rahmen der EU ermöglicht. Damit könnte sich Österreich auf Grund von Beschlüssen im Rahmen der EU an militärischen Einsätzen (sprich Kriegen) zur Friedenschaffung beteiligen. Für die Oppositionsparteien ist jedoch ein Beitritt zu einem Militärbündnis (NATO oder ein „Artikel 5“ im EU-Vertrag) tabu. Die Grünen forderten für den Herbst 2001 eine Volksbefragung über die Neutralität. Das Nein der Iren zum EU-Vertrag von Nizza sei nämlich hauptsächlich auf den „Zorn“ der Iren zurückzuführen, dass ihre Regierung die Neutralität Schritt für Schritt aushöhle.<sup>36</sup>

## Anmerkungen

- 1 Zur Entwicklung von der Erklärung der EU-14 am 31.1.2000 bis Ende Juni 2000 siehe Luif, Paul: Österreich, in: Weidenfeld, Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, Bonn 2000, S. 365–372.
- 2 Cornelia Bolesch: „Dialog besser als Druck“: Prodi hofft auf Ende der Sanktionen gegen Wien. EU-Kommissionspräsident rechnet mit baldigem Bericht des „Weisenrats“ über politische Lage in Österreich, in: Süddeutsche Zeitung v. 13.7.2000, S. 1.
- 3 So das Mandat des Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an die „Drei Weisen“, welches er im Auftrag der EU-14 übermittelte; zitiert nach dem Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein und Marcelino Oreja, angenommen am 8. September 2000 in Paris, Manuskript, S. 1.
- 4 Mei liebste Weis, in: Falter, Nr. 34, 25.–31. 8.2000, S. 14.
- 5 Siehe die Liste der Gesprächspartner im Bericht der „Drei Weisen“, Anm. 3, S. 37/38.
- 6 Bericht der „Drei Weisen“, Anm. 3, Punkt 108.
- 7 The lessons from Austria. Editorial comment, in: Financial Times v. 12.9.2000, Online-Ausgabe.
- 8 Bericht der „Drei Weisen“, Anm. 3, Punkt 104.
- 9 Bericht der „Drei Weisen“, Anm. 3, Punkt 110.
- 10 Bericht der „Drei Weisen“, Anm. 3, Punkt 116.
- 11 Siehe etwa Bresson, Henri de, Joëlle Stolz: Paris veut mettre l'Autriche sous surveillance, in: Le Monde v. 12.9.2000, Online-Ausgabe.
- 12 <http://www.diplomatie.fr/actualite/article.asp?cat=2&th=0&ar=1310>; deutsche Übersetzung nach „Die Maßnahmen der EU-14 waren nützlich. Sie können nun aufgehoben werden“. Das „Kommunique der 14“ im Wortlaut, in: Der Standard aktuell v. 12.9.2000, Online-Ausgabe.
- 13 Positives Echo auf Sanktionen-Ende. Nur Frankreichs Linke und Israel klagen, in: Die Presse v. 14.9.2000, Online-Ausgabe.
- 14 Zitiert nach Dolezal, Martin: Jahreschronik 2000, in: Khol, Andreas, Günther Ofner, Günther Burkert-Dottolo, Stefan Karner (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000, Wien–München 2001, S. 605–725, hier S. 684.
- 15 siehe Anm. 13.
- 16 Kopeinig, Margaretha, Christoph Kotanko: Die Schwächen symbolischer Politik, in: Khol, Andreas u.a., siehe Anm. 14, S. 473–485, hier S. 483.
- 17 Dazu von der Politikwissenschaft etwa Schneider, Heinrich: Österreich in Acht und Bann – ein Schritt zur politischen integrierten „Wertegemeinschaft?“, in: Integration, 23. Jg., 2/2000, S. 120–148; Rose, Richard: The End of Consensus in Austria and Switzerland, in: Journal of Democracy, 11. Jg., 2/2000, S. 26–40; Merlingen, Michael, Cas Mudde, Ulrich Sedelmeier: The Right and the Righteous? European Norms, Domestic Politics and the Sanctions Against Austria, in: Journal of Common Market Studies, 39. Jg., 1/2001, S. 59–77; von rechtswissenschaftlicher Seite z.B. Hummer, Waldemar, Walter Obwexer: Österreich unter „EU-Quarantäne“, in: ecosex, Nr. 3, März 2000, S. 250–255; Pernthaler, Peter, Peter Hilpold: Sanktionen als Instrument der Politikkontrolle — der Fall Österreich, in: Integration, 23. Jg., 2/2000, S. 105–119; Cramér, Per, Pål Wrangé: The Haider Affair, Law and European Integration, in: Europarättslig Tidskrift, 4. Jg., 1/2001, S. 28–60.
- 18 Regierung jubelt: EU-Sanktionen bedingungslos aufgehoben, in: Die Presse v. 13.9.2000, Online-Ausgabe. Zur Einschätzung der „Sanktionen“ durch die Bundesregierung siehe ausführlich Außenpolitischer Bericht 2000. Bericht der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Manz, Wien o.J. (2001), S. 23–31.
- 19 Kopeinig/Kotanko, siehe Anm. 16, S. 477f.
- 20 Sperl, Gerfried: Ende gut. Alles gut? Schröders Wien-Strategie wird am Verhalten gegenüber Berlusconi zu messen sein, in: Der Standard v. 28.5.2001, Online-Ausgabe.
- 21 „Besuch ohne Berührungängste“, in: Kurier v. 14.6.2001, Online-Ausgabe.
- 22 Luxemburg und Österreich einig bei Zinsbesteuerungsmodalität, in: Die Presse v. 19.6.2001 Online-Ausgabe.
- 23 Reaktionen auf Berlusconi's Sieg anders als im Fall Österreich: EU ist plötzlich sehr kleinlaut!, in: Kronen Zeitung v. 15.5.2001, S. 1.
- 24 Mayer, Thomas: Aufregung um Österreich-Attacke, in: Der Standard v. 17.5.2001, S. 7.
- 25 Parteien einig: Nein zu neuer EU-Abstimmung, in: Die Presse v. 9.12.2000, Online-Ausgabe; Zahlen vom österreichischen Innenministerium.
- 26 Daten nach Eurobarometer 53; im November/Dezember 2000, nach Aufhebung der „Sanktionen“ verbesserte sich die Meinung wieder um insgesamt 7 Prozentpunkte, s. Eurobarometer 54.
- 27 „Österreich hat massiv gekämpft“. Schlüssel zufrieden über Ergebnisse des EU-Gipfels in Nizza, in: Der Standard v. 13.12.2000, Online-Ausgabe.

## DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

- 28 Österreich verschiebt die Nizza-Ratifizierung, in: *Der Standard* v. 15.6.2001, Online-Ausgabe.
- 29 Österreich neu regieren, Regierungsprogramm vom 4.2.2000, S. 1.
- 30 Volksabstimmung bedeutet noch kein automatisches „Nein“ der FPÖ, siehe Riess-Passer: „Ja“ zur EU-Erweiterung, wenn das Umfeld stimmt, in: *Die Presse* v. 22.6.2001, Online-Ausgabe.
- 31 Erweiterung: Vorarlberger AK gegen Lohn-Kriterium, in: *Die Presse* v. 22.5.2001, Online-Ausgabe.
- 32 Osterweiterung: SPÖ verlangt flexible Fristen, in: *Die Presse* v. 17.3.2001, Online-Ausgabe.
- 33 Lohmeyer, Michael: Neuer Anlauf zu Entspannung. EU vermittelt bei Temelin-Gipfel, in: *Die Presse* v. 13.12.2000, Online-Ausgabe.
- 34 Fritzl, Martin: Forstinger pocht auf Transitvertrag: „Gilt auch nach 2003“, in: *Die Presse* v. 20.6.2001, Online-Ausgabe.
- 35 Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, Analyse-Teil, Wien, 23.1.2001, Manuskript, S. 65; vgl. Niederberger, Judith: Österreichische Sicherheitspolitik zwischen Solidarität und Neutralität, in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, 2001, S. 69–91.
- 36 EU-Erweiterung: AK mit neuer Forderung, in: *Die Presse* v. 15.6.2001, Online-Ausgabe.

### Weiterführende Literatur

- Burkert-Dottolo, Günther R., Bernhard Moser (Hrsg.): *Die Regierungsbildung in Österreich 1999/2000. Anatomie eines Wechsels*, Wien 2000 (= Aktuelle Fragen der Politik, Nr. 3).
- Einem, Caspar: *Ein anderes Österreich in einem neuen Europa. Sozialdemokratische Alternativen*, Wien 2001.
- Hummer, Waldemar (Hrsg.): *Rechtsfragen in der Anwendung des Amsterdamer Vertrages*, Wien 2001.
- Khol, Andreas: *Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi*, Wien 2001.
- Kopeinig, Margaretha, Christoph Kotanko: *Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich*, Wien 2000.
- Kriechbaumer, Robert (Hrsg.): *Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Problematik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende*, Wien 2000.
- Neisser, Heinrich, Bea Verschraegen: *Die Europäische Union. Anspruch und Wirklichkeit*, Wien–New York 2001.
- Olt, Reinhard: *Die Torheit der Regierenden — oder die sanktionsbewährte Causa Austriae als Akt EUropäischer Verblendung*, in: Khol, Andreas, Günther Ofner, Günther Burkert-Dottolo, Stefan Karner (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000*, Wien–München 2001, S. 405–454.
- Sperl, Gerfried: *Der Machtwechsel. Österreichs politische Krise zu Beginn des 3. Jahrtausends*, Wien 2000.
- Vogt, Henri: *Finland and the Austria Boycott*, in: *Northern Dimensions. The Yearbook of Finnish Foreign Policy 2001*, S. 13–21.